

Untätigkeit bei Abschiebungen nicht länger subventionieren

Beschluss des Deutschlandtages vom 14. bis 16. Oktober 2016 in Paderborn

Die Junge Union Deutschlands fordert die Bundesregierung dazu auf, die Länder finanziell nicht mehr bei der Versorgung abgelehnter Asylbewerber zu unterstützen, bei denen kein faktisches Abschiebehindernis besteht, damit die Durchsetzung geltenden Rechts nicht durch Fehlanreize unterlassen wird.